

12.500.000 Kilo Brennelementmüll in Deutschland erzeugt **Kein Kilo Kernbrennstoff entsorgt**

Seit 1957 wird in deutschen Atomreaktoren Uran gespalten und dadurch Atom Müll erzeugt. Dieser ist unvorstellbar radioaktiv. Ein halbes Jahr nach Entnahme der verstrahlten Brennelemente aus einem AKW strahlen diese rund **10 Milliarden Mal** so stark wie ein unverstrahltes Uranbrennelement. Das ist, als wenn aus 1 cm 100.000 km würden. Bis Sommer 08 wurden in Deutschland rund 12.500.000 Kilo dieses Brennelementmülls erzeugt. Und noch kein Kilo ist entsorgt!

Entsorgung: Versprechen, Lügen und Eingeständnisse

atomwirtschaft 6/1961

Vor über 45 Jahren schrieb die *atomwirtschaft*, quasi die Verbandszeitung der Atomindustrie, die Atom Müllfrage sei erledigt

Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der KKW vom 28.9.1979

„Sie (die Regierungschefs) bekräftigen den Grundsatz, daß die sichere Gewährleistung der Entsorgung der Kernkraftwerke eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die weitere Nutzung und für den weiteren begrenzten Ausbau der Kernenergie bildet.“

Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke (29.2.1980)

„Entsorgung ist die sachgerechte und sichere Verbringung der während der gesamten Betriebszeit der Anlage anfallenden bestrahlten Brennelemente in ein für diesen Zweck geeignetes Lager mit dem Ziel ihrer Verwertung durch Wiederaufarbeitung oder ihrer Behandlung zur Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung und die Behandlung und Beseitigung der hierbei erhaltenen radioaktiven Abfälle“

Bundeskanzler Kohl in der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983

„Die Entsorgung muss und wird zügig verwirklicht werden.“

Bundesminister für Forschung und Technologie Riesenhuber am 7. Juni 1983:

„Die Entsorgung im eigentlichen Sinn findet erst bei der Endlagerung statt.“
(Broschüre der dt. Bundesregierung: Wohin mit dem nuklearen Abfall?, Okt. 83)

Verband der Elektrizitätswirtschaft e.V. am 28.2.1997

„Entsorgung radioaktiver Abfälle gelöst“

Bayerns Umweltminister Goppel, CSU, am 20.5.1997 in Beantwortung einer Parlamentsanfrage zum Verbleib des Atom Mülls von Block A- Gundremmingen

„In einem Endlager müssen die radioaktiven Abfälle auf Dauer, ohne Gefährdung der Umwelt und ohne weitere Maßnahmen verbleiben können. Je nach Art des Abfalls sind dies einige zehn bis einige zehntausend Jahre.“

Bundesumweltminister Trittin im BMU-Pressedienst am 5. Sept. 2001

„Während in anderen Ländern die Laufzeiten der Atomkraftwerke auf 60 Jahre ausgedehnt werden sollen, wird bei uns die Atomenergie bis 2020 abgewickelt sein.“

SPD und Grüne beschließen im Deutschen Bundestag am 14. Dezember 2001 bei der Verabschiedung des neuen Atomgesetzes den Entschließungsantrag 14/7840:

„Die Verantwortung für die Endlagerung liegt beim Bund. Da die politischen Entscheidungen eine große Tragweite haben, sieht sich der Gesetzgeber in der Pflicht, die Arbeits- und Entscheidungsprozesse kontinuierlich zu verfolgen. Er beauftragt deshalb den Bundesminister für Um-

welt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, ihm in der 15. Legislaturperiode einen nationalen Entsorgungsplan vorzulegen, in dem Sachstand, weiteres Vorgehen und Zeitplan für Entsorgung und Endlagerung dargelegt werden. Dieser Entsorgungsplan ist fortzuschreiben und dem deutschen Bundestag jeweils ein Jahr nach dem Zusammentritt vorzulegen. ... Bis zum Jahr 2010 sollte Klarheit über den oder die Standorte bestehen, die untertägig auf ihre Eignung als Endlager erkundet werden sollen. Spätestens bis zum Jahr 2030 sollte ein Endlager für hoch-radioaktive Abfälle in Betrieb genommen sein.“

Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005

CDU, CSU und SPD bekennen sich zur nationalen Verantwortung für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle und gehen die Lösung dieser Frage zügig und ergebnisorientiert an. Wir beabsichtigen in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/019/1601963.pdf>

Überraschung

Bundespräsident Horst Köhler im Stern-Interview 15. Mai 2008

„Der Ausstieg aus der Atomkraft ist beschlossen, weil Atomkraft für uns auf lange Sicht keine Lösung ist. ... Allein die ungelösten Endlagerprobleme sind mir viel zu gegenwärtig, ...“

Dreist

Homepage des AKW Gundremmingen am 10.7.08 www.kkw-gundremmingen.de/kkw_e.php:

>> ... zeigt, dass die Entsorgung radioaktiver Abfälle technisch gelöst und ganz überwiegend gängige Praxis ist. Lediglich die Umsetzung des letzten Entsorgungsschritts, nämlich die Endlagerung an einem konkreten Standort, steht aufgrund politischer Einflussnahme noch aus. <<

Zweifel an Gorleben

Wolfram König im Interview des Tagesspiegels am 17.7.08

„Manche behaupten, es gebe keine technischen Probleme mehr, nur noch politische. Aber das ist falsch. Selbst wenn wir heute die Erkundung weiterführen, wüssten wir erst mit einem Planfeststellungsbeschluss in 15 Jahren, ob der Salzdom von Gorleben wirklich geeignet ist.“

Realistisch

Michael Sailer (Vorsitz. der neu eingerichteten Entsorgungskommission des Bundesumweltministeriums) am 7.8.2008 im Interview des Deutschlandradios Kultur auf die Frage, ob man stark strahlendes, radioaktives Material überhaupt auf Dauer sicher unterirdisch lagern kann: Es ist die einzige Möglichkeit, die wir haben. Man muss sich nur vorstellen, wenn man stark strahlendes Material über eine Million Jahre oberirdisch lagert, dann wird es garantiert freigesetzt. Unterirdisch, in einer guten Formation, an einer guten Stelle und technisch gut gemacht, haben wir durchaus eine Chance, dass das eine Million Jahre zurückgehalten wird.

21.8.08 Bundesumweltminister Gabriel: Endlagersuche gescheitert

Er habe - gemäß Koalitionsvereinbarung - eigentlich erwartet, dass man sich über die Verfahrensschritte für eine spätere Erkundung alternativer Endlager- Standorte einigen könne, sagte er bei der Vorstellung des Strahlenschutzberichts ... Anfangs habe es noch die Unions-Bereitschaft gegeben, über das von ihm vorgelegte Endlager-Konzept zu beraten. »Das ist am Veto von Bayern und Baden-Württemberg gescheitert. Ich glaube, dass das eine verpasste Chance war«, sagte Gabriel. [Schwarzwälder Bote]

15.10.08 Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Endlagerfrage ist lösbar. Unser heutiges Fachgespräch hat gezeigt, dass eine Lösung der Endlagerfrage möglich ist“. Die Erklärung beruhigt nicht. Sie ist 25 ½ Jahre nach Kohls Entsorgungsversprechen ein Offenbarungseid.

Aber Tag für Tag werden in den 17 deutschen AKW-Blöcken jeweils 70 Kilo Brennelementmüll produziert. Zusammen über 1.100 Kilo